

Manfred Hammann, Leharstrasse 99a, 22145 Hamburg

Staatsanwaltschaft Potsdam

Postfach 60 13 55

14413 Potsdam

Manfred Hammann
Leharstraße 99A
D-22145 Hamburg
Mobil = 0160/570 46 40

☐ Hammann@onlinehome.de

26/10/2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit erstatte ich Manfred Hammann,

Strafanzeige wegen Steuerhinterziehung

gegen

Annalena Baerbock MdB

Mitglied des Bundestages

Platz der Republik 1

11011 Berlin

[annalena.baerbock\[at\]bundestag.de](mailto:annalena.baerbock[at]bundestag.de)

Privater Wohnort = Potsdam , Anschrift nicht recherchierbar

Gründe:

Baerbock wurden nach Angaben ihrer Partei **2018 bis 2020** insgesamt dreimal ein Weihnachtsgeld von jeweils zwischen 6000 und 8000 Euro ausgezahlt. Außerdem bekam sie im Jahr 2019 eine Sonderzahlung für den Wahlerfolg bei der Europawahl hinzu: zirka 2500 Euro. Ende 2020 schließlich noch eine Corona Sonderzahlung von 1500 Euro. Genaue Daten der Steuerhinterziehung muss eine komplette 10 jährige Nachprüfung der Einkünfte ergeben.

Hierbei ist auch die gemeinsame Veranlagung zu prüfen. Das bedeutet inkl. des Ehepartners.

19. Mai 2021, 18:59 Uhr Nebenverdienste

Baerbock muss Einkünfte nachmelden



Weihnachtsgeld von der Partei: die Grünen-Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock. (Foto: Pool/Getty)

Die Kanzlerkandidatin hat als Grünen-Vorsitzende Sonderzahlungen von ihrer Partei erhalten - und das nicht wie vorgeschrieben bei der Bundestagsverwaltung angegeben. Ein Versehen, heißt es nun.

Rechtliche Wertung=

Steuerstraftat gemäß § 370 Abgabenordnung (AO). Erst bei **Vorliegen bestimmter Sachverhalte** gilt eine Steuerhinterziehung als **rechtlich relevant und strafbar**.

Steuerhinterziehung durch eine aktive Handlung

Gemäß **§ 370 Abs. 1 Nr. 1 AO (Abgabenordnung)** liegt **aktives Handeln** vor, wenn man beim Finanzamt oder einer anderen Behörde **nicht wahrheitsgemäße oder unvollständige Angaben** bezüglich „**steuerlich erhebliche Tatsachen**“ macht.

In der Praxis sind dies meistens **Falschangaben in der Steuererklärung**, etwa in Form **zu hoch angegebener Werbungskosten** oder der **Ausstellung von Scheinrechnungen** zu nicht erfolgten Betriebsausgaben. Hier liegt **jeweils aktives Handeln** vor, weil der Betreffende die **Angaben absichtlich verfälscht** hat.

Relevante Paragraphen bei Steuerhinterziehung

Als rechtliche Grundlagen bezüglich einer Steuerhinterziehung gelten das **Strafgesetzbuch (StGB)** sowie die **Abgabenordnung (AO)**. In der AO führt § 369 den Tatbestand grundlegend aus, wobei **in § 370 AO** die Steuerhinterziehung besonders behandelt wird. **Wichtig ist § 371 AO**, da hier die **Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung** geregelt ist.

Erschwerend kommt hier hinzu, dass der Bundestag Regeln zur Steuerveranlagung vorgibt. Auch diese Vorgaben wurden ignoriert. Transparenzvorschriften wurden ignoriert.

Auch wurde die Vorgabe alle steuerrelevanten Angaben im Lobbyregister zu hinterlegen ignoriert.

Steuerhinterziehung durch Unterlassung

Im Gegensatz zur aktiven Steuerhinterziehung macht man sich der **Steuerhinterziehung durch Unterlassen** schuldig, wenn man steuerrelevante Angaben verschweigt. Gemäß § 370 Abs. 1. Nr. 2 AO liegt Unterlassen dann vor, wenn man das Finanzamt über steuerlich erhebliche Tatsachen pflichtwidrig nicht in Kenntnis setzt. Die **Verheimlichung von Einkünften** (z. B. Mieteinnahmen oder Gewinne aus Aktiengeschäften usw.) ist in der Praxis die häufigste Form der Steuerhinterziehung durch Unterlassung. De Betreffende macht sich hier **nicht durch eine aktive Handlung** strafbar, sondern ist **durch bewusste Passivität schuldig**.

Sind mehrere Personen in der Steuerhinterziehung involviert, müssen alle gleichzeitig eine Selbstanzeige erstatten um eine Selbstanzeige geltend zu machen. Wenn nur einer der Beteiligten Selbstanzeige erstattet, zählt die Tat. Sind mehrere Personen in der Steuerhinterziehung involviert, müssen alle gleichzeitig eine Selbstanzeige erstatten um eine Selbstanzeige geltend zu machen. Wenn nur einer der Beteiligten Selbstanzeige erstattet, zählt die Tat bei den anderen Beteiligten als aufgedeckt und es gibt keine strafbefreiende Wirkung mehr. Die Selbstanzeige mehrerer Personen kann dabei in verschiedenen Finanzämtern.

Bei einer Steuerhinterziehung handelt es sich um eine Steuerstraftat, die mit Bußgeldern oder bis zu 10 Jahren Haft geahndet werden kann. Zu unterschieden sind **Steuerhinterziehung durch aktives Handeln** und **Steuerhinterziehung durch Unterlassen**. Eine solche Hinterziehung kann sich auf Lohn- oder Einkommenssteuer, auf Gewerbe-, Körperschafts- oder Umsatzsteuer, auf Schenkungs- oder Erbschaftssteuer beziehen.

Bedenkt man hierbei noch die Position der Person, die im öffentlichen Leben steht (hier als Vorsitzende der Partei Die Grünen, sowie die Ambition als Kanzlerin Kandidatin zu agieren müssen andere Maßstäbe angelegt werden.

Moralisch (auch wenn dies weder steuerrechtlich noch strafrechtlich relevant ist), betrachtet ist ein sehr großer Schaden entstanden, der die Grundeinstellung zu Politikern nachhaltig beschädigt.

Das dürfte auch nur die Spitze des Eisberges sein. Ohne eine komplette Steuerprüfung (10 Jahreszeitraum) wird vermutlich keine korrekte Steuerunschuld nachweisbar sein. Hier spielt sicherlich auch das Bewusstsein -von einigen Politikern- eine Rolle über dem Gesetz zu stehen.

Ich bitte um Nachricht und Bestätigung der Anzeige zur Steuerhinterziehung inkl. Aktenzeichen, sowie um Informationssachstand zum Verfahren.

Mit freundlichem Gruß

M.Hammann

Weitere Recherchen=

Link = <https://taz.de/Verspaetete-Meldung-von-Nebeneinkuenften/!5769735/>

Link = <https://www.sueddeutsche.de/politik/gruene-baerbock-nebeneinkuenfte-bundestag-1.5299018>

Link = https://www.focus.de/politik/versehentlich-noch-nicht-erfolgt-zehntausende-euro-gruenen-chefin-baerbock-meldet-nebeneinkuenfte-nach_id_13310490.html

Link = <https://www.bild.de/bild-plus/politik/inland/politik-inland/baerbock-meldet-nachtraeglich-sonder-einkuenfte-bis-zu-37000-euro-76442656,view=conversionToLogin.bild.html>

Link = <https://www.welt.de/politik/deutschland/article231273263/Nach-Baerbock-Auch-Oezdemir-meldet-Bundestag-20-500-Euro-nach.html>